

Niederschrift

über die 28. öffentliche Sitzung
des Bau-, Planungs- und Umweltausschusses

am Dienstag, dem **06.10.2009**, im **Sitzungszimmer des Rathauses in Sande**

Tagesordnung:

- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**
- 2. Einwohnerfragestunde**
- 3. Genehmigung der Niederschrift vom 25.08.2009**
- 4. Förderung gestalterischer Maßnahmen im Ortsbereich Sande
Vorlage: 167/2009**
- 5. Ausweisung von Ausgleichs- bzw. Ersatzaufforstungsflächen im Bereich Mariensiel
Vorlage: 170/2009**
- 6. Geschwindigkeitsbeschränkung Bahnstrecke Sande-Esens im Bereich Sande**
- 7. Bahnumgehung Sande**
- 8. Mitteilungen, Anfragen und Anregungen**

Beginn: 16:30 Uhr

Anwesend:

Ausschussmitglieder

Ratsherr Andreas Schindler als Ausschussvorsitzender
Ratsherr Jörg Beutz
Ratsherr Erich Janßen
Ratsherr Holger Mehrle
Ratsherr Wilfried Rost

Vertreter/in

Ratsfrau Manuela Mohr Vertretung für Herrn Ratsherr Engelbert Wulfert
Ratsfrau Monika Willenbücher-Orths Vertretung für Frau Ratsfrau Renate Herde

Zuhörer/in

Beigeordneter Folkert Feeken

Verwaltung

Bürgermeister Josef Wesselmann
Gemeindeoberamtsrat Klaus Oltmann
Dipl.-Ing. Renate Gayk als Schriftführerin

Zur Tagesordnung wurde wie folgt verhandelt:

1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**

Der Ausschussvorsitzende, Ratsherr Schindler, Vorsitzende eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden, stellte die ordnungsgemäße Einladung, die Beschlussfähigkeit sowie die Tagesordnung fest.

Ein Ausschussmitglied schlug vor, über den zu Sitzungsbeginn vorgelegten Antrag der WBS an das Eisenbahnbundesamt (EBA), die Höchstgeschwindigkeit auf der Strecke durch Sande mit sofortiger Wirkung auf 30 km/h festzusetzen, zu TOP 7 der Tagesordnung zu beraten. Dem wurde zugestimmt.

2. **Einwohnerfragestunde**

Da zu dem Zeitpunkt noch keine Fragen der Einwohner waren, wurde sich darauf verständigt, diese zu TOP 6 zuzulassen.

3. **Genehmigung der Niederschrift vom 25.08.2009**

Beschluss:

Die Fassung der Niederschrift wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

4. **Förderung gestalterischer Maßnahmen im Ortsbereich Sande**
Vorlage: 167/2009

Ein Ausschussmitglied gab zu Bedenken, dass, als im August hierüber beraten wurde, die prekäre Haushaltslage noch nicht bekannt gewesen ist. Es plädierte dafür, diesen Punkt zunächst in die Haushaltsberatungen einzubringen.

Die SPD-Fraktion dagegen stimmte dieser Vorlage zu und verwies darauf, dass jede einzelne Maßnahme noch vom Fachausschuss beschlossen und im Haushalt eine Höchstgrenze festgelegt wird.

Auch die CDU-Fraktion stimmte der Vorlage zu und erinnerte daran, dass so auch bei den Dorferneuerungsmaßnahmen in Mariensiel, Cäcilienroden und Neustadtgödens verfahren wurde.

Die CDF-Fraktion stimmte ebenfalls zu und stellte fest, dass es sich hier um verhältnismäßig kleine Baumaßnahmen handelt und noch jede einzelne Maßnahme auf den Prüfstand gestellt wird.

Die Gruppe FDP/Bündnis90-Die Grünen lehnte den Beschlussvorschlag mit der Begründung ab, dass, wenn man die Haushaltskonsolidierung ernst nehme, an alle freiwilligen Leistungen herangegangen werden müsste und keine Begehrlichkeiten geweckt werden sollten.

Beschlussvorschlag:

Der Rat beschließt die vorliegende Richtlinie zur „Förderung gestalterischer Maßnahmen im Ortsbereich Sande im Rahmen der Dorferneuerung“.

Abstimmungsergebnis: 6 Ja-Stimmen 1 Nein-Stimme

5. **Ausweisung von Ausgleichs- bzw. Ersatzaufforstungsflächen im Bereich Mariensiel**
Vorlage: 170/2009

Die Verwaltung erinnerte an die letzte Sitzung, in der die Rodung der Fläche an der geplanten Bahnüberführung Deichstraße und die Notwendigkeit Ersatzaufforstungsflächen auszuweisen, thematisiert wurden. Die Verwaltung hatte den Auftrag erhalten, Aufforstungsflächen in Sande zu finden. Diese Fläche ist in Mariensiel gefunden und von der Gemeinde erworben worden. Es handelt sich um eine z. Zt. landwirtschaftlich genutzte Fläche, die von der Unteren Naturschutzbehörde als geeignet angesehen wird. Sie würde entsprechend im Flächennutzungsplan dargestellt werden.

Ein Ausschussmitglied sah diese Fläche als nicht geeignet an. Es hielt, wegen der Auswirkungen des JadeWeserPorts und den Nord-West-Winden, eine Aufforstung westlich von Cäciliengroden für sinnvoller, da dann der Wald als natürlicher Lärmschutz fungieren könnte.

Ein anderes Ausschussmitglied erinnerte daran, dass in einem anderen Zusammenhang bereits festgestellt wurde, dass das Anpflanzen von Bäumen keinen Lärmschutz bietet. Das Thema Lärmschutzmaßnahmen müsste im Rahmen der Bahnumfahrung geklärt werden, unabhängig von den Grundstücken.

Ein weiteres Ausschussmitglied begrüßte es, dass Ausgleichsflächen in Sande gefunden wurden. Es bestätigte, dass Lärmschutz nicht durch das Anpflanzen von Bäumen erreicht wird und plädierte dafür, dass Lärmschutz, wenn, dann „vernünftig“ gemacht wird.

Beschlussvorschlag:

Die Gemeinde Sande weist im Bereich Mariensiel eine rd. 3,6 ha große Fläche als Ausgleichs- bzw. Ersatzaufforstungsfläche aus.

Abstimmungsergebnis: 6 Ja-Stimmen 1 Nein-Stimme

6. **Geschwindigkeitsbeschränkung Bahnstrecke Sande-Esens im Bereich Sande**

Dieser TOP wurde zusammen mit TOP 7 abgehandelt.

7. Bahnumgehung Sande

Der Vorsitzende erinnerte an die vorletzte Sitzung, in der eine Resolution verabschiedet wurde, die einen Zeitplan für die Bahnumfahrung, die Herausgabe des Bodengutachtens und, wenn kein anderweitiger Nachweis erbracht wird, die Begrenzung auf eine Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h durch Sande fordert. Die Antwort ist nur eingeschränkt befriedigend, das Bodengutachten liegt nicht vor und die Geschwindigkeit ist gleich geblieben.

Mit Verweis auf die Antwortschreiben stellte der Bürgermeister fest, dass die DB Netz AG geantwortet hat, das Eisenbahnbundesamt jedoch noch nicht. Zum Teil ist in den Schreiben auf die Forderungen eingegangen worden. Das zur Verfügung stellen des Bodengutachtens wird verweigert. Es wird damit begründet, dass es „zerpflückt“ oder ein Gegengutachten erstellt werden könnte. Am 20.10. wird jedoch Einsicht in das Gutachten gewährt werden. Neben dem Rat wird auch der Landkreis Friesland dabei sein. Er betonte, dass nicht nur das Gutachten für den Neubau, sondern auch für die vorhandene Strecke relevant ist, da diese noch einige Jahre befahren wird. Das genannte Zieldatum 2014 passt zu dem, was bislang anvisiert wurde. Die Finanzierungsvereinbarung soll Ende des Jahres abgeschlossen werden, die Planfeststellung im Herbst nächsten Jahres stattfinden. Sobald etwas vorliegt, wird der Rat umgehend informiert werden. Die DB Netz AG ist nicht bereit, die Geschwindigkeit auf 30 km/h zu reduzieren. Nach Aussagen der Bahn wird das Gleis regelmäßig überwacht. Wenn es Abweichungen an einigen Stellen gibt, leitet die Bahn Maßnahmen (Einsatz von „Stopfzügen“) ein, damit das Gleis weiter befahren werden kann. Die Geschwindigkeit ist von 80 km/h auf 60 km/h heruntersgesetzt worden. Alles weitere kann am 20.10. besprochen werden.

Ein Ausschussmitglied konstatierte, dass es den Antrag auf Geschwindigkeitsbegrenzung unterstützt. Es gab allerdings zu bedenken, dass sich hierdurch die Schrankenschließzeiten verlängern. Da jede Minute wichtig ist, um das Krankenhaus zu erreichen, hielt es die Entscheidung für schwierig.

Ein weiteres Ausschussmitglied erinnerte daran, dass geprüft werden sollte, welche juristischen Mittel die Gemeinde hat, um die Geschwindigkeitsbegrenzung durchzusetzen. Es ergänzte, dass das Problem nicht die Setzung an den Bahnschienen, sondern an den Häusern ist. Je schwerer die Lasten und je höher die Geschwindigkeit, desto größer ist die Erschütterung.

Die SPD-Fraktion unterstützte den Antrag der WBS. Der Vertreter der Fraktion konnte das negative Gefühl der Einwohner bei Gefahren nachvollziehen und war der Auffassung, dass dies ernst zu nehmen ist. Die Schließzeiten sind s. E. nach das geringere Problem. Er verwies

zudem darauf, dass höhere Geschwindigkeit auch mehr Lärm macht. Alles weitere soll am 20.10. geklärt werden.

Der Vertreter der WBS stimmte dem Vorredner zu und betonte, dass die Sicherheit höchste Priorität haben sollte. Er stellte fest, dass das Baugrundgutachten keine Sicherheitsuntersuchung ist. Ihm war neu, dass es ein Bodengutachten für die Bahnumfahrung gibt. Er führte aus, dass bei der Planfeststellung des JadeWeserPorts die Geschwindigkeit für die Strecke auf 80 km/h festgelegt worden ist, jetzt ist sie allerdings auf 60 km/h reduziert worden. Er hielt die Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h für mehr als erforderlich und hoffte, dass hierdurch die Bahn vielleicht mal „aufwacht“.

Die CDF-Fraktion stimmte dem Antrag zu. Die Vertreterin der CDF-Fraktion hielt es zudem für wichtig, dass sich alle geschlossen hinter den Antrag stellen und entsprechend auftreten.

Ein Ausschussmitglied schlug vor, die Resolution um die Forderung nach der Geschwindigkeitsreduzierung auf 30 km/h zu ergänzen, da das Gutachten nicht auf dem Tisch liegt.

Der Bürgermeister erinnerte an die juristische Prüfung. Er hoffte, dass es vielleicht eine Ausfertigung des Gutachtens für die interne Nutzung der Gemeinde gibt. Er unterstützte den Antrag, schlug aber vor, zunächst den Termin am 20.10. abzuwarten.

Mehrere Ausschussmitglieder unterstrichen, dass es wichtig ist zu prüfen, welche Mittel die Gemeinde hat, die Geschwindigkeitsreduzierung durchzusetzen. Ein Ausschussmitglied erinnerte daran, dass sehr viele BürgerInnen hinter der Forderung stehen. Zwar kann die Politik nicht zu Aktionen aufrufen, aber die Beteiligung daran ist eine andere Sache. Ein anderes Ausschussmitglied verwies auf das Demonstrationsrecht und stellte fest, dass demonstrieren nicht illegal ist.

Der Ausschussvorsitzende gab das Wort an die Einwohner. Eine Einwohnerin wollte wissen, ob die Vorstellung des Gutachtens in einer öffentlichen Ratssitzung stattfinden würde. Der Bürgermeister erläuterte, dass die Besprechung mit der Bahn nicht öffentlich ist. Nach dem Gespräch wird entschieden, was davon veröffentlicht werden kann. Die Einwohnerin erklärte, dass sie direkt neben der neuen Strecke wohnt. Sie konnte es nicht nachvollziehen, warum Informationen zurückgehalten werden. Der Bürgermeister erwiderte, dass die Bahn darüber entscheidet, welche Informationen herausgegeben werden.

Ein Einwohner stellte fest, dass es den Einwohnern gegenüber der Gemeinde so geht, wie der Gemeinde gegenüber der Bahn und kann von daher das Verständnis der Gemeinde gegenüber der Bahn nicht nachvollziehen. Ein Ausschussmitglied war der Auffassung, dass es in erster Linie um das Bodengutachten der alten Strecke geht. Das Bodengutachten für die neue Strecke ist erst im Planfeststellungsverfahren

Thema. Der Ausschussvorsitzende wies darauf hin, dass am 20.10. nur die alte Strecke thematisiert wird.

Ein Einwohner stellte fest, dass es durchaus Unterschiede zu den Schichten in Varel und Sanderbusch gibt. In Sanderbusch sind mehr Schichten aus Torf als in Varel. Im Gegensatz zu den Darstellungen des Bürgermeisters hielt er die technische Prüfung nicht für ausreichend. S. E. nach, bezog sich die technische Überprüfung auf Stellwerke, Signale etc. . Seit 1886 ist nach seiner Auffassung nichts geprüft bzw. gemacht worden. Weiter führte er aus, dass die Grundlage für die Genehmigung für 80 km/h auf der Strecke weder von der Bahn noch vom Bürgermeister vorgelegt wurde. Zur Umweltverträglichkeitsprüfung wollte er wissen, welche Firma den Auftrag bekommen hat, wie weit sie sind und wie der Zeitplan insgesamt aussieht. Der Verwaltung ist jedoch lediglich bekannt, dass die Untersuchung in Auftrag gegeben wurde.

Er zitierte aus dem Antwortschreiben der Bahn: „Für eine sicherheitstechnische Beurteilung des Schienenweges ist nicht die Beschaffenheit des Untergrundes maßgebend, sondern die Gleislage. Diese wird entsprechend dem geltenden technischen Regelwerk inspiziert und Instand gehalten. Die Einhaltung der Bestimmung des technischen Regelwerkes wird durch die zuständige Aufsichtsbehörde, das Eisenbahn-Bundesamt überwacht. Bei Feststellung von Abweichungen werden entsprechende Maßnahmen ergriffen.“ Ein Ausschussmitglied drückte seinen Zweifel an den Ausführungen der Bahn aus, indem er anführte, dass der Asphalt auf der Strecke nach Altenhof jährlich nachgebessert wird. Ein Einwohner kündigte an, dass „sie auf die Schiene“ gehen werden.

Ein Ausschussmitglied fasste zusammen, dass die Verwaltung auf Anweisung der Politik die Bahn angeschrieben hat und nun mit Fingerspitzengefühl und Diplomatie vorgeht. Am 20.10. wird der Bahn vermittelt werden, dass alle Transparenz haben möchten. Ein weiteres Ausschussmitglied ergänzte, dass der sog. „Erläuterungsbericht“ aus den 70er Jahren vorgelegt werden soll. Es fragte sich, warum die Bahn „mauert“ und warum sie „ohne Not“ die Geschwindigkeit von 80 km/h auf 60 km/h reduziert hat. Es zitierte aus dem Antwortschreiben der Bahn, dass „die Beschaffenheit des Untergrundes nicht maßgebend ist“ und folgerte daraus, dass dann ein Gleis auch auf Pudding möglich sein müsste. Ein anderes Ausschussmitglied stellte klar, dass die Verwaltung nicht zwischen Bahn und Bürger steht, sondern dass die Verwaltung und die Gemeinde zum Wohle des Bürgers natürlich sensibel vorgeht, aber auch guckt, welche Mittel sie hat, um sich durchzusetzen. Es bezweifelte weiter, dass ein Unternehmen, dass sich selbst kontrolliert, objektiv sein kann. Es fragt sich, warum das Gutachten nicht auf den Tisch gelegt wird, wenn es nichts zu verbergen gibt.

Ein Einwohner vermutete, dass die Umweltverträglichkeitsstudie parteiisch für die Bahn erstellt wird. Nach seiner Kenntnis werden normalerweise die Umweltverbände mit einbezogen. Der Bürgermeister erklärte, dass für andere Strecken ähnlich verfahren wird. Alle Umweltverbände werden

beteiligt und um Stellungnahme gebeten. Dies ist ein anerkanntes Verfahren. Auf die Frage wer beteiligt wird, wurde erläutert, dass es ein offizieller Kreis ist, der vorher feststeht und dass es klare Vorgaben hierfür gibt. Weiter wurde erklärt, dass die Bahn den Auftrag für die Studie erteilt, weil sie die Kosten trägt. Auf Nachfrage wurde mitgeteilt, dass die Umweltverträglichkeitsstudie im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens, inklusive des Baugrundgutachtens veröffentlicht wird.

Zum Schluss bedankte sich ein Einwohner, dass die Gemeinde Partei übergreifend für die Bürger tätig ist.

Der Bürgermeister schlug vor, dass nach der Sitzung am 20.10. die Resolution formuliert wird. Ein Ausschussmitglied ergänzte, dass im Vorfeld geprüft wird, welche juristischen Mittel die Gemeinde zur Durchsetzung der Geschwindigkeitsbegrenzung hat. Diesem Vorgehen stimmte der Ausschuss zu.

8. Mitteilungen, Anfragen und Anregungen

- a) Der Vertreter der Verwaltung erklärte zur Bahnüberführung Deichstraße, dass hier die Situation für die Gemeinde besser ist, da sie selbst planen kann. Zuvor sind die für die Baugrunduntersuchung notwendigen Rodungen angesprochen worden. Das weitere Vorgehen sieht folgendermaßen aus: Das Planfeststellungsverfahren soll Anfang November eingeleitet werden. Hierbei werden die Träger öffentlicher Belange beteiligt und evtl. Einwände erhoben. Nach Auskunft des Büro Thalen könnte eine Aufschüttung schon im Jahr 2010 durchgeführt werden. Hierfür müssten entsprechende Mittel im Haushalt veranschlagt werden. Auf Nachfrage erläuterte er, dass die Einwohner selbstverständlich eingebunden werden. Es handelt sich hier vor allem um Gewerbetreibende.
- b) Ein Ausschussmitglied wollte wissen, welches Holz für den Salzwiesenlehrpfad verwendet wurde. Ob es zertifiziert ist und wenn ja, welches Zertifikat. Der Vertreter der Verwaltung stellte klar, dass es sich auf jeden Fall nicht um Tropenholz handelt. Die Information, welches Holz es ist, wird nachgereicht.
- c) Ein Ausschussmitglied erklärte, dass ein Baum in Neustadtgödens an der Ecke Grodenstraße / Ostlandstraße entfernt werden müsste.
- d) Das Ausschussmitglied stellte weiter fest, dass die Zaunanlage am Abwasserpumpwerk an der Horster Straße saniert werden müsste.

Schluss der Sitzung: 17:50 Uhr

Ausschussvorsitzender

Bürgermeister

Schriftführerin